Auszug aus der Niederschrift
über die 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung am 27.02.2025

Zu TOP: 3.3
Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2025 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0003/2025

Herr Kellotat erläutert an Hand einer Präsentation die Haushaltslage und –pläne für 2025.

Es ist vorgesehen, dass der Haushalt am 20. März durch die Bürgerschaft beschlossen wird.

Die allgemeinen Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich und der Baubranche sowie die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst haben den Haushalt beeinflusst. Auch die Ergebnisse aus dem Zensus hatten Auswirkungen auf den Haushalt.

Über die RUBIKON-Analyse wurde der Hansestadt Stralsund eine gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit bescheinigt. Das bedeutet, dass die Hansestadt jegliche Maßnahmen zu ergreifen hat, um die Leistungsfähigkeit wiederherzustellen.

Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuer werden nicht mehr in der Haushaltssatzung festgesetzt. Hier wurde eine eigenständige Satzung erarbeitet, um die Steuern auch in diesem Jahr noch erheben und damit einnehmen zu können.

Aus der Verwaltungstätigkeit sind im Ergebnishaushalt Erträge in Höhe von 147 Mio. EUR geplant. Dem stehen 160 Mio. EUR an Aufwendungen entgegen. Daraus ergibt sich ein Defizit von 13 Mio. EUR, durch die Entnahme von 7,2 Mio. EUR aus der Rücklage konnte das Defizit auf 5,9 Mio. EUR reduziert werden.

Im Finanzhaushalt sind Einzahlungen von ca. 135 Mio. EUR geplant und Auszahlungen in Höhe von ca. 150 Mio. EUR. Dies ergibt ein Defizit von ca. 15 Mio. EUR.

Im Bereich der Investitionen wird mit Einzahlungen (überwiegend Fördermittel) in Höhe von ca. 17 Mio. EUR geplant, dem gegenüber stehen Auszahlungen in Höhe von ca. 25 Mio. EUR.

Als Ursache für das Defizit im Finanzhaushalt nennt der Leiter der Kämmerei u.a. die Personalauszahlungen und die Auszahlungen im Bereich Sach- und Dienstleistungen. Unter die sonstigen laufenden Aufwendungen fallen u.a. Kosten für Aus- und Fortbildung und Reisekosten, aber auch die Kosten für digitale Projekte mit ca. 1 Mio. EUR.

Weiter führt Herr Kellotat aus, dass Steuern und Zuwendungen zusammen ca. 70 % der Erträge ausmachen.

In Bezug auf die Steuern führt der Leiter des Amtes 20 aus, dass sowohl bei der Umsatz- als auch bei der Einkommenssteuer von einer leichten Steigerung ausgegangen wird. Er betont, dass es sich um eine konservative Schätzung handelt, die auf der Herbststeuerschätzung beruht. Bei der Gewerbesteuer ist von einem leichten Rückgang auszugehen, wobei sich die Zahlen auf einem niedrigen aber konstanten Niveau bewegen. Die Übernachtungssteuer ist mit rund 1 Mio. EUR eingeplant. Aufgrund eines Gesetzentwurfes könnte es hier zu Änderungen kommen.

Nachfolgend geht Herr Kellotat auf die Abschreibungen ein und führt aus, warum diese erfolgen müssen.

Der Kämmerer geht auf die freiwilligen Leistungen ein, die in der Hansestadt 11,5 % des Haushaltes ausmachen, rechtlich verpflichtend ist ein Minimum von 6 %. Es sind 18,1 Mio. EUR eingeplant.

Für das Jahr 2025 ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 8,3 Mio. EUR geplant, hinzu kommen Kreditgenehmigungen aus den Jahren 2023 und 2024. Auf die Frage von Herrn Bauschke nach den Schulden pro Kopf erklärt der Kämmerer, dass der Wert sich auf die Einwohnerzahl des Melderegisters bezieht. Der Schuldenstand von rund 125 Mio. EUR wird nur dann erreicht, wenn alle geplanten Maßnahmen auch umgesetzt werden.

Weiterhin geht Herr Kellotat auf die geplanten Investitionen ein. Darunter fallen Geh- und Radwegesanierungen, Straßensanierungen und Beleuchtung. Ebenfalls geplant ist die Sanierung der Homa-Brücke. Außerdem sind weitere Investitionen auf dem Gelände der Volkswerft geplant.
Bei einigen Maßnahmen, die bereits laufen, ist der Eigenanteil gestiegen, welchen die Stadt zu tragen hat.

Abschließend bittet Herr Kellotat, Fragen zum Haushalt bis Anfang März an die Kämmerei zu schicken, damit die Antworten im Ausschuss für Finanzen und Vergabe am 11. März vorliegen.

Herr Suhr teilt mit, dass seine Fraktion noch nicht abschließend über den Haushalt beraten hat und er sich deshalb bei einer Abstimmung enthalten wird.

Herr Gottschling wird dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Auf die Frage des Ausschussvorsitzenden antwortet Herr Kellotat, dass die Rücklagen fast nur zweckgebunden aufgelöst werden können und demnach der Haushalt nicht ausgeglichen werden kann.

Herr Schulz und Herr Radtke beantragen, die Vorlage zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Herr Bauschke weist darauf hin, dass sich der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vor allem auf die Baumaßnahmen und Investitionen konzentriert.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Verweisantrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 4 Zustimmungen 5 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Nachfolgend stellt Herr Bauschke die Vorlage B 0003/2024 zur Abstimmung.

Abstimmung: 4 Zustimmungen 2 Gegenstimmen 4 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0003/2025 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 14.03.2025